EXTRA

ver.di

Bildung, Wissenschaft und Forschung

report biwifo

EXTRA

14 Wochen Streik:

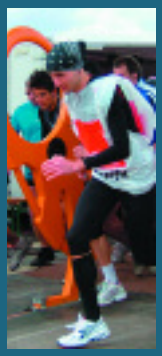
Erfolg auf schwierigem Gelände

Sie alle waren dabei

Fachhochschule Aachen · Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen · Studentenwerk Aachen · Hochschule Aalen · Fachhochschule Augsburg · Studentenwerk Augsburg · Universität Augsburg · Universität Bayreuth · Universität Bielefeld · Verein BAJ e.V. Bielefeld · Fachhochschule Bochum · Ruhr-Universität Bochum · Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn · Studentenwerk Bonn · Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig · Technische Universität Clausthal · Schule am Schillerzentrum Cuxhaven · Fachhochschule Dortmund · Universität Dortmund · Universität Duisburg-Essen · Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg · Fachhochschule Flensburg · Universität Flensburg · Albert-Ludwigs-Universität Freiburg · Studentenwerk Freiburg · Universitätsbauamt Freiburg · Georg-August-Universität Göttingen · Fernuniversität Hagen · DESY Hamburg · Hochschulen Hamburg · Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg · Technische Universität Hamburg · Universität Hamburg · Fachhochschule Hannover · Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover · Universität Hannover · Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg · Lindenparkschule Heilbronn · Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen · HAWK Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst · Stiftung Universität Hildesheim · Universität Hohenheim · Technische Universität Ilmenau · Universität Jena · Forschungszentrum Karlsruhe · Universität Karlsruhe (TH) · Christian-Albrechts-Universität zu Kiel · Fachhochschule Kiel · Universität Koblenz-Landau · Studentenwerk Köln · Universität zu Köln · Fachhochschule Konstanz · Hochschule Konstanz · Universität Konstanz · Universität Lüneburg · Fachhochschule Mainz · Johannes Gutenberg-Universität Mainz · Studierendenwerk Mainz · Hochschule Mannheim · Studentenwerk Mannheim · Universität Mannheim · Fachhochschule München · Leibniz-Rechenzentrum München · Ludwig-Maximilians-Universität München · Studentenwerk München · Technische Universität München · Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven · Universität Oldenburg · Anne-Frank-Schule Osnabrück · Fachhochschule Osnabrück · Montessori-Schule Osnabrück · Universität Osnabrück · Universität Regensburg · Universitätsbauamt Regensburg · Hochschule Reutlingen · Universität des Saarlandes · Hochschule für Gestaltung Schwäbisch-Gmünd · Pädagogische Hochschule Schwäbisch-Gmünd · Universität Stuttgart · Fachhochschule Südwestfalen · Fachhochschule Trier · Studierendenwerk Trier · Universität Trier · Eberhard Karls Universität Tübingen · Studentenwerk Tübingen · Fachhochschule Ulm · Studentenwerk Ulm · Universität Ulm · Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel · Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel · Fachhochschule Worms · Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg · Studentenwerk Würzburg ...

Inhalt

Der Streik hat sich gelohnt	3
Streikende mit Sonnenbräune an der Ruhr-Uni	4–5
So sieht der Abschluss aus	6–7
Kritische Stimmen aus Hannover	8
Premiere beim DESY	9
Hat es sich gelohnt?	9
Kalte Küchen in Trier und Mainz	10–11
Eine fast unendliche Geschichte	12
Sie kommen: Tarifregeln für die Wissenschaft	13
Streiksplitter	14
Blick in die Zukunft	15
Nasse Füße	16



Impressum

Der ver.di Report **biwifo Extra** · Juni 2006
Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung
Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin
V.i.S.d.P.: Petra Gerstenkorn
Verantwortliche Redakteurin: Annette Jensen
Internet: www.verdi.de
Grafisches Konzept: Hansen Kommunikation GmbH
Layout: einsatz · Wolfgang Wohlers
Druck: apm AG Darmstadt, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt
Titelbild: Hans-Dieter Müller
W-1728-24-0606

Die Artikel stellen die Meinungsvielfalt unseres Fachbereiches dar und spiegeln nicht in jedem Fall die Meinung des Bundesfachbereichsvorstandes wider.

Service

Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung
Internet: **www.biwifo.verdi.de**
Ansprechpartner biwifo-Report:
holger.menze@verdi.de
Tel.: 030/69 56-14 10 · Fax: 030/69 56-32 11

Fotos v.o.n.u.: ver.di Hochschulgruppe Bochum, Michael Leuner, Max Lindemann, Hans-Dieter Müller

Der Streik hat sich gelohnt

Foto: Stefan Schorr

Die Ausgangslage war mehr als schwierig: Einige Akteure im Arbeitgeberlager erklärten öffentlich, ein tarifloser Zustand sei ihnen lieber als ein Tarifvertrag. Sie konfrontierten die Beschäftigten unverhohlen mit der Alternative, sich entweder einem Diktat zu unterwerfen oder auf Dauer ohne Tarifvertrag zu bleiben. Konkret hätte das bedeutet, künftig Arbeitgebern gegenüber zu stehen, die Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit einseitig regeln. Gemessen an dieser Ausgangslage ist die Durchsetzung eines Tarifvertrages für alle Bundesländer – Ost wie West, CDU- oder SPD-regiert – ganz sicher ein Erfolg. Aber wir haben auch Kröten schlucken müssen.

VON FRANK BSIRSKE

Wir hatten es mit ArbeitgeberInnen zu tun, die 40, 41 und 42 Wochenstunden durchsetzen wollten und das in der Presse ausdrücklich als Pilotauseinandersetzung auch für die Privatwirtschaft proklamierten. Auch daran gemessen, ist das Ergebnis ein Erfolg: Eine Wochenarbeitszeit von durchschnittlich 39,22 Stunden über alle Länder hinweg.

Positiv ist auch, dass wir die Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes abgewehrt haben. Die Sonderzahlungen bleiben im Umfang gesichert, wie er für den kommunalen und den Bundesbereich gilt.

Für alle Beschäftigten der Länder konnte eine rund dreiprozentige Lohnsteigerung im Jahr 2008 durchgesetzt werden. 2006 und 2007 gibt es Einmalzahlungen, die dem Niveau auf kommunaler und Bundesebene entsprechen. All das sind Ergebnisse, die die Länderfinanzminister keineswegs so wollten und deshalb alles andere als selbstverständlich sind.

Aber: ver.di hat auch Kröten schlucken müssen. Es ist uns nicht gelungen, die Verlängerung der Arbeitszeiten vollständig abzuwehren. Ein weiterer negativer Punkt ist das Einzelkündigungsrecht der Länder bei Arbeitszeit und Sonderzahlungen. Sie sind Rückenwind für Bestrebungen, wichtige tarifpolitische Bereiche – genau wie das Beamtenrecht – durch die Länder zu regeln. Das macht künftige Auseinandersetzungen nicht einfacher.

Wir konnten zwar verhindern, dass negative Auswirkungen auf die Beschäftigten bei Bund und Kommunen entstehen. Doch die Erfahrung der vergangenen Monate zeigt auch: Meistbegünstigungsklauseln, bei denen Abschlüsse durch später ausgehandelte Verträge mit anderen Tarifpartnern infrage gestellt werden können, sind für uns nicht wünschenswert.

In den vergangenen Monaten wuchs die Stimmung, dass „es reicht". Die kommunalen Streiks fanden in der Bevölkerung – für die Arbeitgeber überraschend – viel Sympathie. Wichtig war, dass in der Anfangsphase die Auseinandersetzung im kommunalen und im Länderbereich zusammenfiel. Dadurch entwickelte der Streik von Anfang an eine große Dynamik. Gezeigt hat sich auch: Es gibt durchaus auch neue streikfähige Bereiche, die einen Arbeitskampf für die Arbeitgeber spürbar gestalten können.

An dieser Stelle möchten wir **Dankeschön an alle Streikenden** sagen. Es war absehbar, dass die Auseinandersetzung sehr hart werden würde. Aber niemand konnte damit rechnen, dass wir einen derart langen Arbeitskampf erleben. Dass die Arbeitgeber am 10. März eine „Denkpause" einlegen würden und es zehn Wochen dauerte, bis das Nachdenken wieder einsetzte, war wirklich nicht zu erwarten. Die Arbeitgeber haben einen Durchmarsch versucht, der letztlich nur durch die Ausdauer und den Willen der Streikenden verhindert werden konnte.

Auch in Einrichtungen des Fachbereichs 5 gab es eine rege Streikbeteiligung. Viele sind zum ersten Mal in den Arbeitskampf gezogen, manche haben sich noch nicht getraut.

Wie ver.di insgesamt werdet auch Ihr über Eure Erfahrungen beraten müssen. Wie kann zukünftig die Beteiligung erhöht werden, wie kann stärker Druck ausgeübt werden? Gelegenheit dazu wird es sicher in nicht allzu ferner Zukunft geben, denn: Das war nicht der letzte Streik.

Streikende mit Sonnenbräune

An der Ruhr-Uni wurde sieben Wochen lang gestreikt – und täglich ein neues Extrablatt publiziert.

Die Sieben war schon immer eine Zahl mit hohem Symbolwert. Nun hat sie auch für Jochen Beyer und Werner Schwarz eine besondere Bedeutung. Sieben Wochen haben sie im April und Mai dieses Jahres gestreikt – zusammen mit vielen hundert KollegInnen von der Ruhr-Universität Bochum, der Fachhochschule und den medizinischen Einrichtungen. Die meisten Aktiven gehörten zum nicht-wissenschaftlichen Personal, aber auch einige WissenschaftlerInnen machten mit.

„Das war enorm anstrengend", sind sich die beiden einig. Beyer, der die betriebliche Streikleitung übernahm, ist im Hauptberuf Betriebstechniker. Der Diplom-Ingenieur Werner Schwarz arbeitet als Sicherheitsbeauftragter. Nicht nur als Personalratsvorsitzender der Uni, sondern auch als Chef vom ver.di-Fachbereich 5 in Nordrhein-Westfalen war er besonders gefordert. Jetzt, nachdem der Tarifvertrag endlich unter Dach und Fach ist, sind die beiden vor allem eins: stolz! Stolz auf das, was sie mit ihren KollegInnen geschafft haben.

Eintägige Streiks hatte es hier und da auch schon früher mal gegeben. Aber mit dem unbefristeten Streikaufruf betraten hier alle Neuland – und zudem erschien der Ausgang höchst ungewiss. In den ersten Tagen herrschte Unsicherheit: Viele wussten noch nicht so recht, wie das so geht mit dem Streiken. Wie sieht die rechtliche Seite aus? Was ist mit dem Geld? Wie soll man mit Notdienstvereinbarungen umgehen? Nach drei Tagen hatten Jochen Beyer und Werner Schwarz die meisten Grundsatzfragen der KollegInnen beantwortet. In den kommenden Wochen verteilten sie dann mehr als 3000 Brötchen, schenkten ungezählte Liter Kaffee im kleinen Streikzelt am Forumsplatz aus und verteilten Massen von Streikaufrufen. Hätte man das ganze Papier gestapelt, wäre ein zwölf Meter hoher Turm entstanden, hat Beyer ausgerechnet.

Jeden Nachmittag herrschte im Personalratsbüro emsiges Treiben: Eilig hackten Engagierte Texte in den Computer, sichteten Fotos und montierten das Streikinfo. Nachts wurde gedruckt und am nächsten Morgen standen Beyer, Schwarz und andere KollegInnen an den Eingängen Ost und West. Morgen für Morgen verteilten sie den

Beim diesjährigen Halbmarathon der Uni Bochum ging Roland Steinmetz in Streikkluft an den Start – und nach 21 Kilometern als Erster ins Ziel.

neuen Streikaufruf. „Wir bekamen schon mal Pralinen oder Lakritz mitgebracht, zur Aufmunterung," erinnert sich Beyer. Schon äußerlich wurde rasch klar, wer mitstreikte. „Es hat fast immer feste die Sonne geschienen und wir wurden alle lecker braun", schmunzelt Werner Schwarz. Damit es des Guten nicht zu viel wurde, gab es Sonnenmilch vom Hauptpersonalratsvorsitzenden Klaus Böhme.

Um auch die Bevölkerung zu informieren, verließen die Streikenden das Unigelände und zogen in die City oder ins benachbarte Querenburg, demonstrierten zusammen mit 8000 anderen Landesbediensteten in Düsseldorf und solidarisierten sich mit KollegInnen in Essen, Aachen, Duisburg und Siegen. „Auf uns war Verlass, vier Busse haben wir immer voll gekriegt."

Dass die neue Landesregierung gerade das Hochschulfreiheitsgesetz verabschiedet hatte, habe die Streik-Bereitschaft bei vielen KollegInnen erhöht, ist sich Werner Schwarz sicher. „Das macht unsere Jobs ja noch unsicherer." Doch einschüchtern lassen sich die Streikerfahrenen nun nicht mehr.

Das ist nicht der einzige positive Effekt des Arbeitskampfes. Auch die Zahl der ver.di-Mitglieder an der Uni Bochum stieg um 15 Prozent. „Wir haben alle Kollegen zurückgekriegt, die wegen des günstigeren Beitrags zum VdLA des Deutschen Beamtenbundes abgewandert waren," erzählt Beyer.

Fotos: ver.di Hochschulgruppe Bochum

Von ver.di haben sich Beyer und Schwarz gut unterstützt gefühlt. „Uns hat es organisatorisch und materiell an nichts gemangelt. Und unser Sekretär Peter Neubauer hat einen enormen persönlichen Einsatz gezeigt."

Mit dem Ergebnis von Potsdam können die Kollegen leben, glauben Schwarz und Beyer. „Es hat sich rasch die Erkenntnis durchgesetzt: Mehr ist unter den derzeitigen Bedingungen nicht herauszuholen".

Außerdem sind in den Streikwochen neue Koalitionen entstanden zum Beispiel mit den Studierenden, die wegen der Studiengebühren das Rektorat besetzt hielten. „Schulterschluss statt Achselzucken", hieß die Solidaraktion. Ein greifbares Ergebnis der neuen Zusammenarbeit: Eine Großdemo am 16. Mai, auf der sich auch HochschulprofessorInnen und SenatorInnen mit den Studierenden und Streikenden gegen die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen aussprachen.

Jede erfolgreiche Streikbewegung hat neben vielen kleinen einige etwas größere Helden. Und wer das war, das machten die Beschäftigen der Uni Bochum auf der Fete zum Streik-Ende deutlich. Geschmückt mit Lorbeerkränzen durfte das Dreigestirn Neubauer, Beyer und Schwarz sein wohlverdientes Bier trinken. Auch wenn die drei Aktivisten sonst nichts umhauen konnte, fanden sie das „einfach umwerfend". ●

Frank Biermann

DIE ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Am Abend des 19. Mai 2006 war der längste Tarifkonflikt seit über 80 Jahren zu Ende: ver.di und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) haben sich nach 14 Wochen Streik geeinigt. Damit ist im Bereich Arbeitszeit sowie Urlaubs- und Weihnachtsgeld der tariflose Zustand beendet. Es ist gelungen, wieder weitgehend gleiche Arbeits- und Einkommensbedingungen im öffentlichen Dienst zu erreichen.

Fotos: Hamburg, Hannover, Mainz, Flensburg, Clausthal-Zellerfeld, Homburg

1.

40-Stunden-Woche verhindert
Die ArbeitgeberInnen haben 2004 die Arbeitszeitregelungen gekündigt, um längere Arbeitszeiten durchzusetzen. Die Länder haben einseitig insbesondere den neueingestellten Beschäftigten längere Arbeitszeiten mit 40, 41 oder 42 Stunden arbeitsvertraglich aufgezwungen. An Stelle einer einheitlichen Arbeitszeit gibt es künftig in jedem Land eine eigenständige Arbeitszeitdauer.
Die Arbeitszeit der Beschäftigten, denen die ArbeitgeberInnen eine längere Arbeitszeit aufgezwungen hatten, wird auf die neue tarifliche Arbeitszeit im jeweiligen Bundesland abgesenkt.

Arbeitszeit bis 2007 geregelt
Im Tarifgebiet Ost bleibt es bei der 40-Stunden-Woche. Die Arbeitszeitregelungen können von den einzelnen Ländern frühestens zum 31.12. 2007 gekündigt werden. Diese Öffnung für die Länder hatten die ArbeitgeberInnen zur unabdingbaren Voraussetzung für einen Tarifabschluss erhoben.

2.

Jahressonderzahlungen gesichert
Auch beim Weihnachts- und Urlaubsgeld haben die ArbeitgeberInnen den tariflosen Zustand genutzt, um für Neubeschäftigte oder für Beschäftigte bei Vertragsänderungen das Weihnachts- und Urlaubsgeld zu kürzen oder ganz zu streichen. Wir haben durchgesetzt, dass alle Beschäftigten künftig eine Jahressonderzahlung bekommen. Die seit 2003 neueingestellten Beschäftigten oder die Beschäftigten mit niedrigeren Jahreszahlungen werden in zwei Schritten auf das neue Niveau angehoben. Für Beschäftigte, die seit dem 30. Juni 2003 bereits in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, wird im Jahr 2006 zusätzlich das zustehende Urlaubsgeld gezahlt.

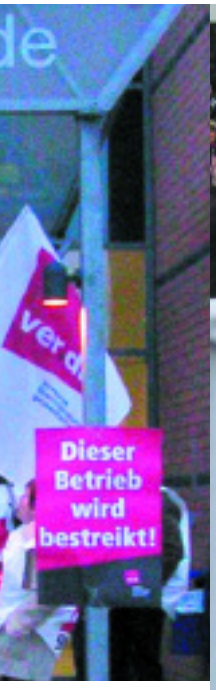
3.

Einmalzahlungen vereinbart
Die Länder wollten ihren Beschäftigten die mit Bund und Kommunen vereinbarten Einmalzahlungen vorenthalten. Damit sind sie gescheitert. Für alle Beschäftigten wurden nach Entgeltgruppen gestaffelte Einmalzahlungen festgeschrieben. Diese werden 2006 und 2007 ausgezahlt. Auszubildende, SchülerInnen in der Krankenpflege und PraktikantInnen erhalten jeweils zu den Terminen 100 Euro.

4.

Einkommenserhöhung in 2008
Entgegen den Zielen der ArbeitgeberInnen haben wir für 2008 für alle Beschäftigten eine Entgelterhöhung erreicht. 2008 steht eine Einkommensteigerung um 2,9 Prozent an. Stichtag ist im Westen der 1. Januar und im Osten der 1. Mai. Die Tabellenwerte werden auf volle 5-Euro-Beträge aufgerundet. Dadurch ergibt sich ein Erhöhungsvolumen von durchschnittlich 3 Prozent für 2008. Die Tarifverträge über die Einkommen haben eine Laufzeit bis zum 31.12.2008.

Nähere Einzelheiten sind unserem Tarif-Info zu entnehmen
http://www.verdi.de/tarifbewegung/kommunen_und_laender/publikationen/data/Flugblatt_TdL.pdf



„Besser als gar kein Vertrag“

Foto: Eckhard Stengel

Gemischte Bilanz nach 14 Wochen Streik (v.l.n.r.): Bibliothekarin Ricarda Lau (36), Systemadministrator Daniel Ho (37), halb freigestellter Personalrat Gerhard Rechel (59), Chemisch-Technischer Assistent Roger-Michael Klatt (49) und Bibliotheksangestellter Michael Holert (47) vor dem Hauptgebäude der Universität Hannover.

Sie gehörten zu den Ersten, die streikten – und haben bis zum Schluss durchgehalten: Bis zu 150 Beschäftigte der Universität Hannover. Sie kamen vor allem aus den Bibliotheken, aber auch aus anderen Abteilungen. 14 Wochen lang haben sie für den Flächentarifvertrag im öffentlichen Dienst gekämpft, zuerst zwei Tage pro Woche, später permanent. Damit zählten sie unter den deutschen Hochschulen zu den aktivsten. Ein Bilanzgespräch mit Personalräten und Mitgliedern der Streikleitung.

biwifo: Was hat Euch angespornt, so lange durchzuhalten?

Ricarda Lau (Streikleitung): *Wir hatten einen guten Zusammenhalt. Ein harter Kern hat bis zum Ende durchgehalten.*

Daniel Ho (Streikleitung): *Die meisten haben relativ früh begriffen, dass es nicht um reine Tarifverhandlungen ging, sondern um einen politischen Angriff.*

Roger-Michael Klatt (Personalrat und Bundestarifkommission): *Vielen war klar: Wenn du jetzt zurücksteckst, dann hast du alles verloren.*

Gerhard Rechel (Personalrat/Streikleitung): *Es war ganz wichtig, dass wir ein eigenes Streiklokal hatten, viele Aktionen machen konnten und immer sehr offen die Inhalte diskutiert haben – auch sehr kontrovers.*

Habt Ihr auch dem Verhandlungsführer der Länder, Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU), Eure Meinung gesagt?

Michael Holert (Personalrat): *Ja, als er gerade zu einem Gastvortrag an der Uni Lüneburg in den Hörsaal ging. Allerdings war die Konversation etwas schwierig, weil das Pfeifkonzert doch relativ laut war. Immerhin hatten einige Streik-Delegierte ein 45-Minuten-Gespräch mit Ministerpräsident Christian Wulff (CDU).*

Klatt: *Dabei wurde klar, dass die Länder unterschiedliche Interessen hatten: Niedersachsen ging es nicht vorrangig um die Arbeitszeit, sondern um die Entgelthöhe; bei den Bayern war es umgekehrt.*

Hat sich denn der ganze Aufwand gelohnt?

Ho: *Allen war klar, dass wir Abstriche machen müssten. Aber ich kritisiere die Ausdifferenzierung der Arbeitszeiten nach Bundesländern und nach Berufsgruppen. Es ist schwer zu vermitteln, dass ein Uni-Bediensteter, der eine Bürotätigkeit hat, länger arbeiten soll als ein Büroangestellter in der Straßenmeisterei.*

Rechel: *Durch diese Zersplitterung wird es schwieriger, einheitliche Verhandlungen zu führen und Solidarität zu erreichen.*

Ho: *Ein anderes Problem ist die Öffnungsklausel: Die einzelnen Länder können ab Ende 2007 die Arbeitszeitregelungen kündigen – und nach der ersten Auszahlung auch die Jahressonderleistungen. Das werden sie wahrscheinlich zeitlich abgestuft tun, um dann einzeln neu zu verhandeln. Dadurch werden wir komplett aufgespalten. Das ist sozusagen der Anfang vom Ende eines gemeinsamen Flächentarifvertrags.*

Rechel: *Immerhin wurde der Versuch abgewehrt, die Länder in einen tariflosen Zustand zu bringen.*

Klatt: *Ein schlechter Vertrag ist besser als gar kein Vertrag. Aber leider sind die Hochschulen das Bauernopfer. Wir wollten wissenschaftsspezifische Sonderregelungen durchsetzen, aber die Ergebnisse unserer Arbeitsgruppe sind nicht berücksichtigt worden. Die Hochschulen mussten zurückstecken, damit es zu einem Abschluss kommt.*

Lau: *Speziell die befristet Beschäftigten werden ausgegrenzt. Im ersten Jahr erhalten sie keine Jahressonderleistung.*

Hätte ver.di Eurer Meinung nach eine Chance gehabt, mehr herauszuholen?

Ho: *Zumindest hätten die langfristigen Probleme dieses Tarifvertrags offener diskutiert werden müssen. Aber klar ist auch: Der Organisationsgrad hier an der Uni ist gering (350 Mitglieder bei gut 2.500 Beschäftigten im Uni-Kernbereich; Anm. d. Red.). Wenn die Stärke an der Basis fehlt, kann man nicht mehr erreichen.*

Wie ist die Stimmung in der Belegschaft?

Rechel: *Etwa die Hälfte sagt, das Ergebnis ist akzeptabel.*

Ho: *Ich will aber auch was Positives sagen: Es hat im Streik eine unheimliche Selbstorientierung stattgefunden. Ganz viele Kollegen wollen sich auch über den Arbeitskampf hinaus engagieren.*

Rechel: *Der Schwung geht jetzt weiter. Das ist etwas, das man vorher nie für möglich gehalten hätte.*

Holert: *Wir hatten auch Neueintritte. Und viele Kollegen, an denen man sonst auf dem Flur eher vorbeirennt, hat man von einer anderen Seite kennen und schätzen gelernt.*

Lau: *Bei aller Kritik: Streik ist unsere einzige Möglichkeit, Forderungen durchzusetzen.* ●

Interview: Eckhard Stengel

Streik-Premiere beim DESY in Hamburg

Streiken beim Teilchenbeschleuniger DESY, macht das Sinn? Da wird doch hier nur Toilettenpapier gespart und der Nobelpreis kommt eben einen Tag später, haben am Anfang bestimmt viele gefragt. Doch darum ging es vielen gar nicht. Sie wollten ein Zeichen setzen: Arbeitszeitverlängerung in Zeiten mit über fünf Millionen Arbeitslosen ist ein völlig falsches Signal. Am 15. Februar hatte der Betriebsrat kurzfristig zu einer Betriebsversammlung eingeladen, zu der viele DESYanerInnen kamen. Und dann wurde er ausgesprochen: Der Streikaufruf zum 17. Februar!

Auch für uns, die Mitglieder der ver.di-Betriebsgruppe, war die Durchführung eines Streiks Neuland. Wie viele DESYanerInnen würden sich beteiligen? Brauchen wir einen oder mehrere Busse um zur Kundgebung nach Altona zu kommen? Wir verteilten Flugblätter und vernahmen eine ungläubige, aber positive Resonanz.

Am Streiktag standen wir um 6.15 Uhr vor den Toren. Nach und nach wurde die Gruppe größer und wir fuhren mit öffentlichen Bussen nach Altona. „Heute wird gestreikt, müssen wir bezahlen?“ Auf diese Frage gab es vom Busfahrer nur ein Schulterzucken. Wir waren fast überwältigt, als wir schließlich feststellten: 120 streikende DESYanerInnen waren mitgekommen.

Foto: Dörte David

Am Montag, als wir dann wieder beim DESY waren, erfuhren wir, dass etliche KollegInnen, die sich nicht am Streik beteiligen wollten, aus Solidarität einen Urlaubs- oder Gleittag genommen hatten. Dadurch war manche Abteilung gar nicht oder nur sehr spärlich besetzt gewesen. ●

ver.di Betriebsgruppe beim DESY

Zufrieden?

83,5 Prozent haben JA gesagt zum Tarifergebnis. Das ist eine deutliche Mehrheit. Können wir also zufrieden sein?

Wir haben auch Kröten schlucken müssen, sagt unser Vorsitzender. Eine davon ist die Erhöhung der Arbeitszeit. Doch nicht die absolute Höhe der Arbeitszeit scheint mir das zentrale Problem zu sein, sondern dass keiner mehr überblickt, wer wo wie lange arbeiten muss. In einigen Kommunen hängt die Arbeitszeit vom Alter ab und oft auch davon, ob jemand Kinder hat, welcher Entgeltgruppe er oder sie angehört und welche Tätigkeit jemand verrichtet. Mit dem neuen Tarifabschluss gilt darüber hinaus in jedem Bundesland eine andere Wochenarbeitszeit. Allein diese Differenziertheit macht zukünftige tarifliche Arbeitszeitpolitik sehr schwierig.

Noch komplizierter wird es dadurch, dass es in jedem Bundesland Einrichtungen geben wird, die weiterhin 38,5 Wochenstunden arbeiten und solche, die länger arbeiten. Welche Einrichtungen das betrifft, ist noch vor Ort in der Diskussion. Aber: Je mehr Einrichtungen bei 38,5 Wochenstunden bleiben, umso länger müssen die anderen arbeiten!

Als Gewerkschaft sind wir dafür, dass es für besonders schwere und belastende Arbeit kürzere Arbeitszeiten gibt. Dass dies jetzt zu Lasten der anderen geht, ist unserer Schwäche geschuldet. Dies muss man akzeptieren – und an der Beseitigung des Missstandes arbeiten.

Aus meiner Sicht widerspricht es dem Prinzip der gewerkschaftlichen Solidarität, Schwächere, sprich nicht oder weniger Streikfähige, besonders zu „bestrafen“. Stattdessen muss man die objektiven Ursachen der gemachten Erfahrungen untersuchen.

Es spricht für diesen Fachbereich, dass seine Mitglieder z.B. in Baden-Württemberg oder Niedersachsen erst die Auswirkungen auf andere diskutieren bzw. berechnen, bevor sie selbst Anträge auf Ausnahme von der Arbeitszeiterhöhung stellen. ●

Hannelore Reiner

Kalte Küche in Trier

Zunächst waren wir vom Studierendenwerk Trier unsicher: Ist es rechtlich okay, wenn wir uns am Streik beteiligen? Schließlich sind die Studierendenwerke Trier nicht Mitglied im Arbeitgeberverband TdL, sondern die Tarifverträge werden nur über das Hochschulrahmengesetz angewandt. Doch bald hatten wir grünes Licht und so konnte die Urabstimmung stattfinden: Eine überwältigende Mehrheit stimmte für einen Arbeitskampf. 34 neue Mitglieder konnten wir gleich begrüßen und am 4. April war dann unser erster Streiktag. Über E-Mails hatten wir alle Studierenden informiert und auch zur Diskussion aufgefordert.

Die KollegInnen aus anderen Betrieben, die schon länger im Streik waren, begrüßten uns 56 Dazukommende freudig. Wir engagierten uns bei allen Planungen und immer mehr KollegInnen schlossen sich dem Streik an. Meist waren wir 100 bis 120 Leute. Die meisten Cafeterien blieben geschlossen und in der Mensa gab es nur ein Tagesmenü.

Vor allem in und vor den Mensen machten wir Aktionen und verteilten zum Beispiel „ver.di-Notrationen“: Ein Apfel, ein Ei und ein Flugblatt zum Streik. So kamen wir mit vielen Studierenden ins Gespräch. Manche haben sich gleich solidarisch mit uns erklärt und uns gebeten, ihnen eine Streikweste zu überlassen. Auch das Studierendenparlament der Uni hat uns ausdrücklich seine Solidarität bekundet. ●

Detlef Schieben

Fotos: Detlef Schieben

In Trier wurden an 21 Streiktagen 34 neue Mitglieder gewonnen.

Gulaschkanone vor der Mainzer Mensa

Fotos: Max Lindemann

Erst als die Mensen dicht machten, wurden viele Studierende auf den Streik im öffentlichen Dienst aufmerksam. Schon vor der Arbeitsniederlegung hatten die ver.di-Vertrauensleute die Studierendenvertretungen informiert – und waren auf Verständnis gestoßen. „Wir sehen es als wichtig an, uns gemeinsam gegen den Sozialabbau zu stellen. Denn auch wir sind unter anderem durch die drohende Einführung von allgemeinen Studiengebühren davon betroffen," fasste die AstA-Vorsitzende Nicole Gotthardt zusammen. Die Studierenden gemeinsam über die Hintergründe des Streiks aufzuklären, sahen deshalb beide Organisationen als zentrale Aufgabe an.

Während der ersten Tage des Mensastreiks verteilte der AstA Flugblätter. ver.di signalisierte: „Wir backen kleinere Brötchen" – und reichte Minibrötchen, um symbolisch den gröbsten Hunger der Studierenden zu stillen.

Wenig später tauchten dann die ersten Grillstände auf, die KommilitonInnen spontan organisiert hatten. Bald arbeitete die private Campusgastronomie auf Hochtouren, um die täglich 6000 Essensportionen der Mensa auszugleichen. Auch der AStA kochte mit. Zusammen mit ver.di organisierte er in der zweiten Streikwoche eine Gulaschkanone, aus der kostenlose Gemüsesuppe verteilt wurde. So war es einfach, mit den Studierenden ins Gespräch zu kommen und klar zu machen, dass der Streik nicht gegen sie gerichtet war. „Die Resonanz der Studierenden auf die gemeinsamen Aktionen waren immer positiv," beschreibt Max Lindemann, Pressereferent des AStA der Uni-Mainz, seinen Eindruck und fügt dann hinzu: „Wir freuen uns, dass die Streikmaßnahmen nun zu einem positiven Tarifabschluss geführt haben." ●

Urs Prochnow · unipress Redaktion

Klug gewählt

Groß ist der Missmut vieler Studierender, denn in der Mensa bleibt die Küche kalt. Bisher verlief der Streik an den Unis eher unbemerkt, weil die MitarbeiterInnen den Lehrbetrieb nicht lahm legen. Ob dies möglich wäre oder nicht: Angesichts dürftiger Bildungsausgaben der Länder wäre jede weitere Verknappung des Lehrangebots an den chronisch unterfinanzierten Hochschulen eine fragwürdige Maßnahme, so lange es nicht zu einer breiten Solidarisierung seitens der Studierenden kommt.

Dabei stehen die Beschäftigten der Universität und die Studierenden eigentlich auf derselben Seite: Gegen PolitikerInnen in den Ländern wie die Ministerpräsidenten Koch, Oettinger und Stoiber, die Studiengebühren einführen wollen und sich konsequent weigern, die Tarifvereinbarung im öffentlichen Dienst auch für Beschäftigte der Länder zu übernehmen.

Ministerpräsident Beck demonstrierte im zurückliegenden Landtagswahlkampf den Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegenüber verbal Entgegenkommen. Nach der Wahl kann Beck nun erneut im Windschatten der Tarifgemeinschaft der Länder fahren – und dort dominieren neoliberale und gewerkschaftsfeindliche Ministerpräsidenten der Union.

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen über drohende Lohnkürzungen und längere Arbeitszeiten werden stellvertretend für die gesamte Gesellschaft ausgefochten. Denn jede Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst bedeutet nicht nur einen allgemeinen Druck hin zu längeren Arbeitszeiten, sondern gerade auch im öffentlichen Sektor die zunehmende Ungleichverteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Immer weniger Menschen arbeiten immer länger, und immer mehr Menschen werden aus dem Erwerbsleben ferngehalten und in die Arbeitslosigkeit getrieben.

Dass in der Mensa die Küche kalt bleibt und für zwei Wochen die Butterstulle, die Dönerbude oder die improvisierte Suppenküche als Ersatz für das Putenschnitzel „Florida" oder den Blumenkohlröstling mit Suppe, Salat und Sättigungsbeilage verbleiben, ist eine äußerst klug gewählte Streikmaßnahme. Bildungsangebote werden nicht beeinträchtigt, und dennoch erzielen die Streikenden eine deutliche Signalwirkung, da der Mensa-Streik den Alltag von Studierenden, MitarbeiterInnen und ProfessorInnen merklich durcheinander bringt. Ein Streik, den niemand wahrnimmt und der niemandem einen Nachteil bringt, ist nämlich ein ziemlich unsinniges Unterfangen. ●

Gunther Heinisch

Dieser leicht gekürzte Kommentar erschien während der Streikwochen in der studentischen Zeitung unipress, Mainz.

Wissenschaftstarifvertrag – Eine fast unendliche Geschichte

Der BAT ist reformbedürftig und die Zunahme befristeter Arbeitsverträge in der Wissenschaft sind ein Problem – dieser Überzeugung waren Gewerkschaften schon seit langem. Auch Wissenschaftsorganisationen wünschen eine neue Tarifregelung. Notwendig sind Änderungen, um die Leistungs- und Innovationsfähigkeit des deutschen Wissenschafts- und Forschungssystems zu stärken. Zugleich ist klar, dass das Dienst- und Tarifrecht für den Hochschulbereich und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen modernisiert werden muss. Dort wird es immer schwerer, qualifiziertes Personal zu gewinnen.

VON BERNHARD KUNZE

1999 richtete das Bundesforschungsministerium eine Arbeitsgruppe ein, in der ÖTV, DAG und GEW beratende Stimme hatten. Gefordert waren nun konkrete Vorstellungen. Noch im selben Jahr erarbeiteten die drei Gewerkschaften Papiere zu tariflichen Regelungen und Arbeitsbedingungen im Wissenschaftsbereich.

Nach einem internen Gespräch zwischen Bundesforschungsministerium, ÖTV und DAG wurden im März 2001 Tarifverhandlungen aufgenommen. Es ging um „Sonderregelungen für Wissenschaft und Forschung". Sie sollten sowohl für die Hochschulen als auch für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gelten. An den Verhandlungen beteiligt waren VertreterInnen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie die ÖTV, DAG (dann ver.di) und GEW.

Die ArbeitgeberInnen wollten die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen und Forschungseinrichtungen verbessern und dafür die Vergütung an spezifischen Anforderungs- und Aufgabenprofilen festmachen. Nicht mehr Alter und Berufsabschluss, sondern Erfahrung und konkrete Tätigkeiten sollten ausschlaggebend für die Höhe der Bezahlung sein. Außerdem wünschten sich die ArbeitgeberInnen eine Vereinfachung der Tarifordnung, eine größere Durchlässigkeit und variable Vergütungsbestandteile. Und all das sollte kostenneutral vonstatten gehen.

Es gab also genügend Anknüpfungspunkte für Verhandlungen. Doch im Juli 2001 stieg die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) aus.

Schnell schrumpfte der Bereich, auf den sich die Verhandlungen beziehen sollten. Bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen konzentrierte man sich auf die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), weil hier viele externe Drittmittel eingeworben werden. Im Dezember 2003 legte die Tarifkommission FhG einen Tarifvertrag mit Entgeltordnung und -tabellen vor. Er sah Risikozuschläge für befristete Arbeitsverhältnisse, Arbeitszeitkonten, Langzeitarbeitskonten und eine Arbeitszeitregelung für Dienstreisen vor. Darüber hinaus enthielt der Vorschlag moderne Instrumente wie die Befristung von Personalverantwortung und Zielvereinbarungen. Auch die Qualifizierung des Personals und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollten tarifvertraglich geregelt werden.

Leider sah sich der FhG-Vorstand ohne Mandat der Bundesregierung nicht in der Lage zu verhandeln.

Mit der Prozessvereinbarung „Neugestaltung des Tarifrechts (TVöD)" im Rahmen des Tarifabschlusses im Januar 2003 wurden die Verhandlungen zunächst zurückgestellt. Immer wieder mahnte der ver.di-Fachbereich BiWiFo wissenschaftsspezifische Regelungen an. Wissenschaftsorganisationen und Parteien forderten wiederholt einen Wissenschaftstarifvertrag und begründeten das mit dem hohen Innovationsdruck im nationalen und internationalen Wettbewerb. Im Februar 2004 ergriff BIWIFO deshalb die Initiative und wollte im Rahmen des TVöD weiter über wissenschaftsspezifische Regelungen verhandeln. Tatsächlich wurde daraufhin eine Arbeitsgruppe gegründet und an die Projektgruppe „B1 Verwaltung" angehängt. Ziel war die Ausarbeitung eines spezifischen Tarifteils. Auf der Gegenseite saßen die TdL und VertreterInnen der Hochschulen; der Bund fehlte. Bis Anfang 2006 konnte ein Teil der Themen produktiv abgearbeitet werden.

Im Mai 2006 musste es dann schnell gehen, um den TVöD auf die Länder zu übertragen bzw. den TV-L abzuschließen. *(siehe gegenüberliegende Seite)*

ver.di gelingt der Durchbruch: Tarifregeln für die Wissenschaft

Zum ersten Mal wird es in einem Tarifvertrag einen besonderen Teil Wissenschaft geben. Der soll die spezifischen Arbeitsbedingungen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen berücksichtigen. Damit sind die jahrelangen Bemühungen der Gewerkschaften – vor allen von ver.di – von Erfolg gekrönt: Zum einen wird nun den Bedingungen wissenschaftlicher Arbeit Rechnung getragen. Zum anderen bleibt dieser Teil integrierter Bestandteil eines Tarifwerks für den öffentlichen Dienst.

VON KARL-HEINRICH STEINHEIMER

Das „Potsdamer Ergebnis" formuliert nur Eckpunkte und ist noch nicht der endgültige Tarifvertrag. So kann es nicht verwundern, dass auch zur Wissenschaft nur an wenigen Stellen etwas Konkretes vereinbart wurde. Die meisten Punkte bedürfen noch weiterer Verhandlungen. Bei ver.di dafür zuständig ist die eigens von der Bundestarifkommission gebildete Arbeitsgruppe „Wissenschaft". Zum Redaktionsschluss am 9. Juni gab es zwar noch keine Termine. Doch eines ist klar: Rechtzeitig vor Inkrafttreten des Tarifvertrags am 1. November 2006 wird alles „fertig" sein.

Wer die Ergebnisse von Potsdam mit den gewerkschaftlichen Eckpunkten aus dem Jahr 2005 vergleicht, wird feststellen, dass nicht alle unsere Wünsche in puncto Wissenschaftsspezifik wahr werden. Doch wesentliche Probleme werden nun gelöst. Außerdem gibt es grundlegende Verbesserungen gegenüber dem mit dem Arbeitgeber Bund abgeschlossenen TvöD. Dafür drei Beispiele:

Schon der allgemeine Teil des Tarifvertrags mit den Ländern (TV-L) wertet Berufserfahrung höher als der TVöD-Bund. Für neu Eingestellte bedeutet das eine bessere Stufenzuordnung. In dem Teil, der sich mit der Wissenschaft beschäftigt, soll dies noch ausgebaut werden. Das ist auch notwendig, weil von den Beschäftigten in Hochschulen und Forschungseinrichtungen Mobilität gefordert wird. Die im TVöD-Bund enthaltenen diesbezüglichen Hindernisse beiseite zu räumen, liegt sowohl im Interesse der Beschäftigten als auch der Einrichtungen.

Obwohl sich das leidige Thema „Befristung von Beschäftigungsverhältnissen" als ein Knackpunkt bei den Verhandlungen herausgestellt hat (wen wundert's?), haben sich die Tarifvertragsparteien darauf verständigt, Befristungen verantwortungsbewusst zu handhaben. Vereinbart ist, zwischen „dienstlichen Notwendigkeiten und Interessen der betroffenen Beschäftigten ausgewogen abzuwägen". Ein Element könnte darin bestehen, dass befristet Beschäftigte einen finanziellen Ausgleich für ihr Risiko bekommen.

Weil Hochschulen und Forschungseinrichtungen angehalten sind, möglichst viel Drittmittel einzuwerben und Erlöse aus der Vermarktung von Ergebnissen und Dienstleistungen zu erzielen, sind auch materielle Anreize für die beteiligten Personen unabdingbar. Deshalb soll tarifvertraglich die Möglichkeit eröffnet werden, dass die Beschäftigten aus diesen Mitteln honoriert werden – zusätzlich zum allgemein vereinbarten Leistungsentgelt. Schließlich hätte der Arbeitgeber ohne das Engagement der beteiligten Mitarbeiter keine Zusatzeinnahmen; insofern belastet die Regelung die Kasse des Arbeitgebers nicht wirklich. Gelingt eine entsprechende tarifvertragliche Formulierung, wäre damit auch das Besserstellungsverbot gekippt – ein positiver, nicht zu unterschätzender Nebeneffekt.

Noch muss um die konkreten Fragen gerungen werden. ver.di ist optimistisch. Eine Einschränkung muss allerdings gemacht werden: All das Gesagte gilt nur für die Bereiche, in denen das mit der TdL vereinbarte Tarifwerk zur Anwendung kommt. In vielen Forschungseinrichtungen gilt der TVöD-Bund. Und der Bund zeigt gegenwärtig keine Neigung, wissenschaftsspezifische Regelungen tarifvertraglich zu vereinbaren. Vielleicht bringt ja ein Abschluss mit der TdL einen neuen Anstoß. ver.di wird darauf drängen – und setzt auf die Unterstützung durch die Beschäftigten. ●

Solidarität bleibt auch in der Zukunft der entscheidende Faktor für gewerkschaftlichen Erfolg

Fotos: Hamburg, Freiburg, Mainz, Braunschweig, Clausthal-Zellerfeld

Was ist der Maßstab für Erfolg bei einem Tarifkonflikt?

Nun zunächst die Forderungen, die auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite die Ausgangsposition markieren.

Tarifgemeinschaft der Länder (TdL):
– Beibehaltung des tariflichen Zustandes, d. h. Nachwirkung des vormaligen Tarifvertrages für „Alt-Beschäftigte",
– einseitige Setzung anderer Bedingungen (z. B. längere Arbeitszeit) für „Neu-Beschäftigte"

ver.di:
– Übernahme des TVöD für die Beschäftigten im Länderbereich
– Erhalt der bisherigen tarifvertraglichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden

Weiterer Parameter:

Die Dauer und die Härte des Tarifkonflikts:
Vor zwei Jahren hat die TdL die Arbeitszeitregelungen gekündigt, die Bestimmungen zum Weihnachts- und Urlaubsgeld schon vorher. Für Beschäftigte, die von der Nachwirkung gekündigter Bestimmungen erfasst waren, änderte sich nichts. Beschäftigte, die neu eingestellt wurden, mussten die neuen Bedingungen akzeptieren. Mit diesem Zustand hatten sich viele arrangiert. Viele waren aber unzufrieden: Sie wollten keine Arbeitgeberdiktate hinnehmen, keine unterschiedlichen Arbeitsbedingungen, sondern einen einheitlichen Tarifvertrag für alle Beschäftigten.

Ein schwelender Konflikt also, der heiß wurde, als Beschäftigte im kommunalen Bereich sich massiv gegen die Kündigung der Arbeitszeit von 38,5-Wochenstunden wehrten und Beschäftigte der Uni-Kliniken für die Beibehaltung der 38,5-Stunden-Woche streikten.

Nächste Stufe:
Es war ein harter, zäher Konflikt. 14 Wochen dauerte der Streik. Für die Beteiligten bedeutete das große Herausforderungen. Bei Kälte, Regen, Sonnenschein vor den Toren stehen. Kundgebungen, Demonstrationen, Mahnwachen, Protestaktionen. Streikgeld, das nur zum Teil den Einkommensverlust ausgleicht. ArbeitskollegInnen, die sich nicht überzeugen lassen, dass es sich lohnt, sich zu wehren, die zum Teil mit Häme und Spott reagieren. Immer wieder die Frage: „Schaffen wir's? Erreichen wir unser Ziel?" ArbeitgeberInnen, die zuwarten, die gar nicht mehr verhandeln wollen; Streikfolgen bagatellisieren. Verhandlungsrunden, die ergebnislos enden – und dennoch: Durchhalten, weiter streiken.

An den Ausgangspositionen gemessen, waren wir erfolgreich. Wir haben wieder einen Tarifvertrag mit den Ländern.

Gemessen an den erhofften Ergebnissen und dem hohen Einsatz unserer Streikenden, haben wir Kompromisse gemacht, die einige als zu weitgehend empfinden. Die Zustimmung zum Tarifabschluss, die im Bereich der Hochschulen von knapp 60 bis über 90 Prozent reicht, spiegelt auch diese Kritik wider.

Welche Alternativen hätte es gegeben und wie sind unsere Perspektiven für zukünftige Tarifauseinandersetzungen?

Antworten auf diese Fragen werden wir recht schnell finden müssen. Denn die Arbeitszeitregelungen haben zum Beispiel „nur" eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2007.

In unserem Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung werden wir in den Einrichtungen, in den Bezirken und Landesbezirken in den Gremien diskutieren, wie wir uns auf die kommenden Tarifauseinandersetzungen vorbereiten.

Im September 2006 werten wir in einer Klausurtagung mit den Streikleitungen die Ergebnisse aus und beginnen mit der Arbeit für die nächste Tarifauseinandersetzung.

Petra Gerstenkorn

Foto: Hans-Dieter Müller

Petra Gerstenkorn
Mitglied des ver.di-Bundesvorstands und Leiterin des Fachbereichs Bildung, Wissenschaft und Forschung, auf einer Demo am 19. April in Braunschweig

Coupon bitte abtrennen und im Briefumschlag schicken an:
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft · Fachbereich 5 · Bildung, Wissenschaft und Forschung · Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin

BEITRITTSERKLÄRUNG

ver di

Ich möchte Mitglied werden ab:

_____
Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name

Vorname/Titel

Straße/Hausnr.

PLZ Wohnort

Telefon

E-Mail

Geburtsdatum

Staatsangehörigkeit

Geschlecht ☐ weiblich ☐ männlich

Beschäftigungsdaten

☐ Arbeiter/in ☐ Angestellte/r
☐ Beamter/in ☐ DO-Angestellte/r
☐ Selbstständige/r ☐ freie/r Mitarbeiter/in

☐ Vollzeit
☐ Teilzeit _____ Anzahl Wochenstd.

☐ Erwerbslos
☐ Wehr-/Zivildienst bis _____
☐ Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis _____
☐ Schüler/in-Student/in bis _____
☐ Praktikant/in bis _____
☐ Altersteilzeit bis _____
☐ Sonstiges _____

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Hütte)

Straße/Hausnummer im Betrieb

PLZ Ort

Personalnummer im Betrieb

Wirtschafts-/Geschäftszweig ausgeübte Tätigkeit

☐ ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft:

von: _____ bis: _____
Monat/Jahr Monat/Jahr

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschrifteinzugsverfahren

☐ monatlich ☐ halbjährlich
☐ vierteljährlich ☐ jährlich

einzuziehen.

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort)

Bankleitzahl Kontonummer

Name Kontoinhaber/in (Bitte in Druckbuchstaben)

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in

Tarifvertrag

Tarifl. Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Besoldungsgruppe

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst

Euro _____

Monatsbeitrag

Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5 % des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datenschutz

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift

Werber/in:

Name

Vorname

Mitgliedsnummer

W-1578-11-0804